

Einladung

zur 40. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 15. April 2021, 17.30 Uhr, Rathaus, Ratssaal

**Auf Grund der epidemischen Lage können Mitglieder des Internationalen Ausschusses
nach § 182 Abs. 2 Nr. 3 NKomVG per Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen .**

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und
Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohner*innenfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die 36. Sitzung des Ausschusses für
Integration, Europa und Internationale Kooperation am 3.12.2020 -
öffentlicher Teil
4. Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der
Fraktion DIE FRAKTION zur Umstrukturierung der
Verwaltungszuständigkeiten: Wechsel des Bereichs Unterbringung vom Bau-
ins Sozialdezernat
(Drucks. Nr. 0323/2021)
5. Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds 2021 an den Verein
IIK e.V. für das Projekt: „Geschäftsstelle und Projektkoordination“
Beschlussdrucksache 0726/2021
6. Antrag auf Zuwendung an den Verein IIK e.V. für das Projekt:
„Zusammenleben in Vielfalt“
Beschlussdrucksache 0725/2021
7. Bericht der Dezernentin
8. Aktuelles

Onay

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

40. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 15. April 2021, Rathaus, Ratssaal, Hybridsitzung

Beginn	17.45 Uhr
Ende	17.59 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	per Videokonferenz
Ratsherr Döring	(FDP)	
Ratsherr Finck	(SPD)	per Videokonferenz
Ratsfrau Iri	(SPD)	per Videokonferenz
Ratsherr Jacobs	(AfD)	
Ratsherr Klapproth	(CDU)	
Bürgermeisterin Kramarek	(Bündnis 90/Die Grünen)	per Videokonferenz
Ratsfrau Dr. Matz	(CDU)	per Videokonferenz
Ratsfrau Neveling	(Bündnis 90/Die Grünen)	per Videokonferenz

Beratende Mitglieder:

Frau Al-Amin	per Videokonferenz
Frau Bokah Tamejani	per Videokonferenz
Herr Dipl.-Ing. Faridi	per Videokonferenz
Frau Hanesyan	per Videokonferenz
Frau Kage	
Herr Prof. Dr. Ing. Khoramnia	
Herr Lam	per Videokonferenz
Frau Marinova	per Videokonferenz
Herr Dr. Ramani	
Herr Tschernow	

Grundmandat:

Ratsherr Klippert	(Die FRAKTION)	per Videokonferenz
-------------------	----------------	--------------------

Verwaltung:

Stadträtin Bruns	Dez. III
Frau Dr. Doering	50.6
Herr Dr. Behrendt	50.60
Herr Khoshbeen	50.60
Herr Haushahn	50.60
Frau Hannig-Schohaus	50.60

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohner*innenfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die 36. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 3.12.2020 - öffentlicher Teil
4. Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE FRAKTION zur Umstrukturierung der Verwaltungszuständigkeiten: Wechsel des Bereichs Unterbringung vom Bau- ins Sozialdezernat
(Drucks. Nr. 0323/2021)
5. Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds 2021 an den Verein IIK e.V. für das Projekt: „Geschäftsstelle und Projektkoordination“
(Drucks. Nr. 0726/2021)
6. Antrag auf Zuwendung an den Verein IIK e.V. für das Projekt:
„Zusammenleben in Vielfalt“
(Drucks. Nr. 0725/2021)
7. Bericht der Dezernentin
8. Aktuelles

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Bürgermeister Hermann weist zunächst darauf hin, dass aufgrund der epidemischen Lage die Sitzung in Hybridform stattfindet und dass den Ausschussmitgliedern entsprechende datenschutzrechtliche Hinweise zugewiesen seien.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann eröffnet anschließend die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest. Er informiert, dass die Verwaltung die Drucksache unter TOP 9 von der Tagesordnung nehmen müsse, weil sie nicht rechtzeitig im Bauausschuss haben beraten werden können.

TOP 9 wird von Seiten der Verwaltung von der Tagesordnung abgesetzt. Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2.

Einwohner*innenfragestunde

Keine Wortmeldungen

TOP 3.

Genehmigung des Protokolls über die 36. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 3.12.2020 - öffentlicher Teil

Einstimmig

TOP 4.

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE FRAKTION zur Umstrukturierung der Verwaltungszuständigkeiten: Wechsel des Bereichs Unterbringung vom Bau- ins Sozialdezernat (Drucks. Nr. 0323/2021)

Ratsfrau Iri betont, dass sich die SPD-Fraktion sehr freue, diese Drucksache auf der Tagesordnung zu sehen, weil es allerhöchste Zeit sei, dass hier eine Umstrukturierung stattfindet und der Bereich Unterbringung vom Baudezernat in die Zuständigkeit des Sozialdezernats wechselt, damit dort die notwendigen zusätzlichen Unterstützungsformen gewährleistet werden könnten.

Ratsherr Klippert stimmt Ratsfrau Iri zu und führt aus, dass dies ein sehr langer Weg gewesen sei, der den Ausschuss beinahe seit Beginn der laufenden Ratsperiode begleite. Umso mehr sei zu begrüßen, dass jetzt fraktionsübergreifend Mittel und Wege gefunden worden seien. Gleichzeitig werde sich der Fachbereich unter dem Begriff „Gesellschaftliche

Teilhabe“ neu strukturieren und organisieren. Er freue sich, dass der Ausschuss diesen Prozess federführend begleiten könne, und sei zuversichtlich, dass das Thema jetzt in guten Händen sei. Er bedanke sich bei allen, die dies zusammen ermöglicht hätten.

9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 5.

**Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds 2021 an den Verein IIK e.V. für das Projekt: „Geschäftsstelle und Projektkoordination“
(Drucks. Nr. 0726/2021)**

9 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6.

**Antrag auf Zuwendung an den Verein IIK e.V. für das Projekt: „Zusammenleben in Vielfalt“
(Drucks. Nr. 0725/2021)**

Ratsherr Jacobs informiert, dass die AfD-Fraktion hier nicht zustimmen werde, weil die Kontrolle über die migrantische Arbeit nicht in dem Maße gewährleistet sei, wie seine Fraktion sich dies vorstelle. Eine Erfolgskontrolle sei nicht vorgesehen.

Ratsfrau Iri lobt den Projektträger IIK dafür, dass er sich auf den Weg gemacht habe, um einen großen Projektantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu stellen, der von diesem bewilligt worden sei. Die Kommune steuere etwas dazu, damit der Verein dieses Projekt umsetzen könne.

9 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 7.

Bericht der Dezernentin

Stadträtin Bruns weist auf die Klausurtagung des Internationalen Ausschusses am 16.10.2021 hin. Dieser Termin sei bereits verhältnismäßig spät für den Gesamtprozess des Überarbeitungsprozesses der Strategien für Migration und Teilhabe unter dem Titel „Wir sind Hannover – Zusammenleben in der Stadt“ (WIR 2.0). Leider gebe es keine Alternativtermine. Sie bitte alle Ausschussmitglieder die Terminabfrage auszufüllen, damit man weiter in der Planung vorangehen könne. Des Weiteren weise sie auf den Umzug des Integrationsmanagements hin, das in der letzten Aprilwoche von der Rundestraße in die Blumenauer Straße umziehen werde. In dieser Woche können es zu Problemen bei der Erreichbarkeit kommen. Voraussichtlich ab dem 3.5.2021 könnten wieder physische Beratungstermine in begrenzter Anzahl beim Integrationsmanagement stattfinden. Als Letztes wolle sie noch die WIR 2.0-Woche unter dem Titel „Einzigartig vielfältig“ ansprechen, die aufgrund der derzeitigen Covid-19-Inzidenz nicht wie geplant vom 17.5. bis zum 21.5. an öffentlichen Plätzen in den Stadtbezirken stattfinden könne. Es werde versucht, ein entsprechendes digitales und hybrides Ersatzformat zu erarbeiten. Über die konkreten Planungen werde man kurzfristig informieren.

TOP 8.

Aktuelles

Vorsitzender Bürgermeister Hermann bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern, dass die Resolution zur Freilassung von Yüksel Wessling im Jahr 2020 habe verabschiedet werden können. Frau Wessling sei nun freigesprochen worden. Er denke, dass sich das gemeinsame Bemühen des Oberbürgermeisters, des Rats, von Herbert Schmalstieg, der Zivilgesellschaft und des Ausländischen Amtes an dieser Stelle gelohnt habe.

Bürgermeisterin Kramarek stellt eine Frage zum Ramadan, der bereits begonnen habe. In der Vergangenheit habe es jedes Jahr von Seiten der Stadt eine Einladung zu einem Ramadan-Empfang an die muslimischen Vereine gegeben. Sie frage, ob man versucht habe, dies in diesem Jahr durch ein digitales Format zu ersetzen.

Stadträtin Bruns bestätigt, dass ein digitales Format geplant sei.

Ratsherr Klippert bedankt sich herzlich bei Bürgermeister Hermann dafür, dass er die Resolution zugunsten von Yüksel Wessling federführend vorangetrieben habe.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann beendet die Sitzung um 17:59 Uhr.

Stadträtin Bruns.

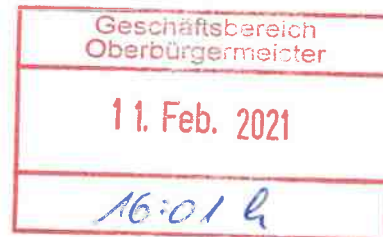
Hannig-Schohaus (für das Protokoll)

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
CDU-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Bündnis 90/ Die Grünen Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Gruppe DIE LINKE & PIRATEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover
FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Fraktion DIE FRAKTION im Rat der Landeshauptstadt Hannover

09.02.2021

In den

- Sozialausschuss
- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- Internationalen Ausschuss
- Verwaltungsausschuss



Antrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Umstrukturierung der Verwaltungszuständigkeiten: Wechsel des Bereichs Unterbringung vom Bau- ins Sozialdezernat

zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt fordert die Verwaltung auf, den Bereich Unterbringung in den Zuständigkeitsbereich des Sozialdezernates in die neu zu bildende Organisationseinheit „gesellschaftliche Teilhabe“ zu verlegen. Dabei ist auf folgendes zu achten:

- Die Expertise zur Bereitstellung und Unterhaltung von Wohnraum und Gebäuden für den Bereich Unterbringung soll erhalten bleiben.
- Zielorientierte Maßnahmen zur ständigen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden sollen insbesondere in den Bereichen erfolgen, in denen sich Schnittstellen zwischen Verwaltungshandeln und Sozialer Arbeit ergeben.
- Durch eine Trennung der Funktionen Beratung und Verwaltung soll den zielgruppenspezifischen und persönlichen Voraussetzungen der Betroffenen sowie einem würdigen Standard und gutem Erhaltungszustand der Unterbringungsobjekte Rechnung getragen werden,
- Die Begleitung und Beratung soll gender- und diversitätssensibel erfolgen und den Lebensumständen der Personen (z.B. Familien, alleinerziehend, alleinstehend) angepasst sein.

Die Beschäftigten sind bei der Umsetzung dieser Maßnahme und der dazugehörigen Gestaltung der Arbeitsorganisation und Arbeitsabläufen umfassend zu beteiligen.

Die Verwaltung wird gleichzeitig aufgefordert, bis zum Ende des II. Quartals 2021 ihr Konzept zur Integration des Bereichs Unterbringung in das Dezernat III vorzulegen und dieses bis zum Ende des Jahres 2021 umzusetzen.

Begründung:

Die Themen Obdachlosigkeit und Flüchtlinge sind derzeit von der Zuständigkeit her zweigeteilt. Für die Unterbringung von beiden Gruppen sind der Fachbereich Planen und Stadtentwicklung im **Baudezernat** und der **Stadtentwicklungs- und Bauausschuss** zuständig. Für darüber hinausgehende Themen sind das Dezernat Soziales und Integration und der Sozialausschuss verantwortlich. Diese Zuordnung kann unter dem Eindruck großer Fallzahlen mit dementsprechenden Bauaufgaben, die auch gut bewältigt wurden, als sinnvoll

erachtet werden. In der heutigen Praxis führt diese Aufteilung oft zu zusätzlichen Abstimmungsbedarfen und langen Entscheidungswegen und letztendlich zu Ineffizienz. Unabhängig von den hier beschlossenen Umstrukturierungsmaßnahmen wird die bisherige und aktuelle Arbeit der Mitarbeiter*innen des Bereichs Unterbringung, die sie für hilfeschuchende Menschen leisten, gewürdigt.

Zudem hat das Baudezernat seit November zusätzlich die Zuständigkeit für den großen Fachbereich Gebäudemanagement erhalten. Hier ist eine Belastungsverlagerung durch Reduktion der Führungs- und Kontrollspanne zum Ausgleich unerlässlich.

Die als Folge der in der ersten Corona-Hochphase initiierten Projekte unter dem Stichwort „Jugendherberge/Naturfreundehaus“ haben zu nachweisbaren Erfolgen geführt, die ohne eine enge Verzahnung von Bereitstellung von Wohnraum und zielgerichteter Sozialarbeit nicht erzielbar gewesen wären. Diese Erfolge fortzusetzen ist gemeinsames Ziel der antragstellenden Parteien und die Grundlage dieses Antrags. Insofern zielt dieser Antrag dahin, in der Verwaltungsstruktur die dauerhafte Weiterentwicklung der Sozialarbeit in diesem Bereich nachzuvollziehen.

In der vom Rat am 6.03.2020 beschlossenen Satzung über die Unterbringung Obdachloser und Geflüchteter in der Landeshauptstadt Hannover wird zwischen diesen beiden Gruppen nicht mehr differenziert; eine organisatorische Anpassung an diese Veränderung erfolgte bisher nicht und soll ein weiteres Ziel dieses Antrags sein.

Die auf die Klienten bezogene Bereitstellung von Wohnraum in geeigneter Form, Menge und Beschaffenheit bedingt eine veränderte Haltung und Arbeitsweise, die aufgabenbedingt von den Mitarbeitenden des Dezernat III ständige Leistung ist. Insofern führt eine Verlagerung der Unterbringung in das Dezernat III zu einer erheblichen Verbesserung der städtischen Leistungen; insgesamt bedeutet die Gründung eines eigenen Fachbereiches zur gesellschaftlichen Teilhabe auch die organisatorische Aufwertung der Themen Migration und Obdach- und Wohnungslosigkeit.



Lars Kelich
Fraktionsvorsitzender



Jens Seidel
Fraktionsvorsitzender



Dr. Daniel Gardemin
Fraktionsvorsitzender



Dirk Machentanz
Gruppenvorsitzender

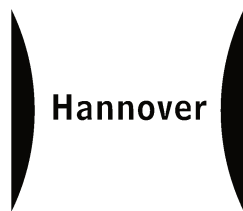


Wilfried Engelke
Fraktionsvorsitzender



Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender

Landeshauptstadt



Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
An den Gleichstellungsausschuss (zur Kenntnis)

Nr. 0726/2021

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

**Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds 2021 an den Verein IIK e.V. für das
Projekt: „Geschäftsstelle und Projektkoordination“**

Antrag,

eine Zuwendung in Höhe von bis zu

7.500 €

aus dem Ergebnishaushalt 2021, Teilhaushalt 50, Produkt 11137, Migration und Integration,
aus Mitteln des Integrationsfonds für den Verein IIK e.V. zur Durchführung des Projekts:
„Geschäftsstelle und Projektkoordination“ zu bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Teilnahme an dem zu fördernden Projekt steht allen Personen unabhängig von ihrem
Geschlecht offen.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 50 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme

Bezeichnung

Einzahlungen

Auszahlungen

Saldo Investitionstätigkeit

0,00

Teilergebnishaushalt 50

Angaben pro Jahr

Produkt 11137 Migration und Integration

Ordentliche Erträge

Ordentliche Aufwendungen

Transferaufwendungen

7.500,00

Saldo ordentliches Ergebnis

-7.500,00

Begründung des Antrages

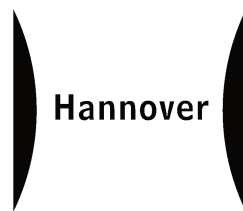
Der Träger IIK e.V. stützt sich finanziell derzeit neben Mitgliedsbeiträgen und Spenden überwiegend auf befristete Projektförderungen, was zu Planungsunsicherheit und personeller Fluktuation führt. Um die kontinuierliche Entwicklung der wachsenden Arbeitsbereiche (Migrationsberatung, Sprachkurse, Jugendprojekte, Erwachsenenbildung, Projekt- und Netzwerkarbeit, Ausbildung sowie Mitwirkung an Planungsprozessen in Hannover wie LIP/WIR 2.0, KEP, Runder Tisch gegen Rassismus) und die Personalentwicklung mittelfristig abzusichern, benötigt der Träger Unterstützung für die Geschäftsführung und die Koordination. Damit soll die steigende Nachfrage nach interkulturellen Beratungs- und Bildungsangeboten sowie der akute Bedarf in neuen Arbeitsschwerpunkten abgedeckt werden.

Die Verwaltung befürwortet den Antrag, eine Zuwendung in Höhe von bis zu 7.500 Euro zu bewilligen.

50.6

Hannover / 31.03.2021

Landeshauptstadt



Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
An den Gleichstellungsausschuss (zur Kenntnis)

Nr. 0725/2021

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Antrag auf Zuwendung an den Verein IIK e.V. für das Projekt: „Zusammenleben in Vielfalt“

Antrag,

eine Zuwendung in Höhe von bis zu

45.000,00 €

aus dem Ergebnishaushalt 2021, Teilhaushalt 50, Produkt 11137, Migration und Integration,
für den Verein IIK e.V. zur Durchführung des Projekts: „Zusammenleben in Vielfalt“ zu
bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Teilnahme an dem zu fördernden Projekt steht allen Personen unabhängig von ihrem
Geschlecht offen. Die Auseinandersetzung mit Diskriminierung im Alltag ist ausdrücklich
Teil der Maßnahme, die Kategorien Geschlecht und Gender werden dabei ebenfalls
berücksichtigt.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 50 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme

Bezeichnung

Einzahlungen

Auszahlungen

Saldo Investitionstätigkeit

0,00

Teilergebnishaushalt 50

Angaben pro Jahr

Produkt 11137 Migration und Integration

Ordentliche Erträge

Ordentliche Aufwendungen

Transferaufwendungen

45.000,00

Saldo ordentliches Ergebnis

-45.000,00

Hierfür stehen 15.000 € aus Mitteln des Integrationsfonds 2021 sowie 30.000 € aus einer 2020 gebildeten Haushaltsrückstellung, hauptsächlich aus Mitteln des Integrationsfonds, bereit.

Begründung des Antrages

Mit der beantragten Förderung werden knapp ein Viertel der Gesamtprojektkosten von 209.812 € innerhalb einer Laufzeit von 18 Monaten gedeckt. Die Hauptförderung erfolgt aus EU-Mittel und ist bereits bewilligt (AMIF-Bescheid liegt vor). Schwerpunkt der Maßnahme ist die Förderung des respekt- und vertrauensvollen Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Migrationsbiografie in Hannover und deren lebendige Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Rassismus im Alltag. Dazu sollen Menschen aus unterschiedlichen Bereich zusammengebracht werden, um in Workshops gemeinsam zu diesen Themen zu arbeiten. Die Ergebnisse werden einer breiten Öffentlichkeit in Form von Ausstellungen, Postkarten und einer Multiplikator*innen-Schulung zur Verfügung gestellt. Außerdem werden die Ergebnisse auf Veranstaltungen und Festen sowie bei einem abschließenden Fachtag präsentiert.

Die Verwaltung befürwortet den Antrag, eine Zuwendung in Höhe von bis zu 45.000 Euro zu bewilligen.

50.6

Hannover / 15.03.2021